

Im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine weigern sich die Länder des Südens, sich der westlichen Position anzupassen.

Von Marc Semo

Analyse. Die mehrfach verschobene Videokonferenz des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky mit der Afrikanischen Union (AU) fand schließlich am 20. Juni hinter verschlossenen Türen und unter großer Geheimhaltung statt. Eine kurze Botschaft, die von den afrikanischen Regierungen nur höflich wahrgenommen wurde. Der Kontrast zu der enthusiastischen Solidarität des amerikanischen Kongresses oder der Parlamente der europäischen Hauptstädte ist frappierend.

Die wiedergefundene westliche Einheit angesichts der russischen Aggression in der Ukraine geht einher mit einer relativen, aber sehr realen Einsamkeit, die mit der Dauer des Krieges zunimmt. Von Afrika über Lateinamerika bis nach Asien wächst das Lager der Länder, die sich nicht zwischen dem Westen und Russland entscheiden wollen.

Das Ziel der westlichen Wirtschaftssanktionen ist es, Putins Russland zu einem Paria-Staat zu machen. Doch wenn die russische Wirtschaft "entwestlicht" wird, wird sie nicht "entglobalisiert", sondern baut ihren Handel mit diesen "weder-noch"-Ländern aus.

"Die Welt sieht die nackte Realität der Machtverhältnisse: Als der Westen allmächtig erschien, hat er seine Allmacht missbraucht (Kosovo, Irak, Libyen...). Viele Länder, ohne die russische Aggression zu unterstützen, sind daher nicht verärgert, dass die Welt nicht unipolar ist, und sie sehen im Krieg in der Ukraine eher einen Kampf, um ein Machtverhältnis in Europa herzustellen, als einen Kampf über Prinzipien, die alle verletzt haben", analysiert Jean-Marie Guéhenno, ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär für friedenserhaltende Maßnahmen (2000-2008) und Autor u.a. von *Le Premier XXIe siècle* (Flammarion, 2021).

Der "Egoismus" des Westens

Während es im Norden kaum Gegenstimmen gibt, werden sie im Süden angesichts der drohenden Nahrungsmittelkrise immer zahlreicher. "Wir führen nicht wirklich die Debatte, wer falsch und wer richtig liegt: Wir wollen einfach Zugang zu Getreide und Düngemitteln haben", erinnerte der senegalesische Präsident Macky Sall bei einem Besuch in Paris (Le Monde, 10.6.) nach einem Treffen mit Wladimir Putin Anfang Juni in Sotschi in seiner Funktion als AU-Präsident. Die „weder-noch“-Länder sind eines der Hauptziele der Propaganda der russischen Diplomatie.

Am 24. Juni, dem Tag, an dem der Europäische Rat der Ukraine und Moldawien den Status eines Kandidatenlandes für die Aufnahme in die Europäische Union (EU) zuerkannte, prangerte der russische Präsident auf einem Gipfeltreffen mit den Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), von denen keiner Sanktionen gegen Moskau verhängte, die "egoistischen Handlungen" des Westens und rief zur Schaffung "eines wirklich multipolaren Systems" auf.

Eine Resolution, die Russland verurteilte, war am 2. März in der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 141 Ländern verabschiedet worden, wobei nur vier Staaten (Weißrussland, Eritrea, Nordkorea und Syrien) Moskau unterstützt hatten (Le Monde, 3.3.22). Aber 35 hatten sich der Stimme enthalten, darunter China und Indien. Am 7. April stimmten nur 93 Staaten (von 193 UNO-Mitgliedern) für die Suspendierung Russlands aus dem Menschenrechtsrat, 24 waren dagegen (diesmal auch China) und 58 enthielten sich, darunter viele Schwellenländer. "Sie wollen sich in einem Konflikt Gehör verschaffen, der sie mehr noch als früher, während des Kalten Krieges, durch die steigenden Preise für Weizen oder Energie und deren systemische Auswirkungen direkt trifft",

analysiert Bertrand Badie, emeritierter Professor an der Universität Sciences Po.

Vorsicht im Nahen Osten

Man hätte sich vorstellen können, dass die Länder des Südens, angefangen bei den afrikanischen Ländern, eine gewisse Solidarität mit der Ukraine empfinden, die Opfer einer Invasion mit kolonialistischen Zügen geworden ist. "Man würde das Ausmaß der antiwestlichen Ressentiments unterschätzt, die Empörung über das, was sie als Doppelmoral empfinden, das Fortbestehen von Verbindungen aus der Sowjetzeit und die Sympathie ihrer Regierungen für die konservativen Themen, die Moskau vertritt", erklärt der Politologe Jean-François Bayart, Autor von *L'Energie de l'Etat* (La Découverte, 780 Seiten, 28 Euro).

Im Nahen Osten lehnen selbst einige der treuesten Verbündeten der USA, allen voran Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate, die Sanktionen ab und wollen den Kommunikationskanal mit Moskau offen halten. Israel ist ähnlich vorsichtig. In Lateinamerika kann Putin auf die Unterstützung der Vasallenregime Kubas und Venezuelas zählen, aber die meisten gemäßigten linken Führungskräfte – an der Macht oder in der Opposition –, aber auch einige rechte, beschuldigen die USA, auch oder sogar hauptsächlich für den Krieg verantwortlich zu sein.

Diese Rückkehr der Blöcke lässt den Geist der Blockfreiheit wieder aufleben, wie er 1955 auf einer Konferenz in Bandung, Indonesien, zum Ausdruck kam, die insbesondere von Präsident Sukarno

https://www.lemonde.fr/archives/article/1970/06/23/sukarno-est-mort-dimanche-a-l-hopital-militaire-de-djakarta-celui-par-qui-sa-nation-exista_3118171_1819218.html

und seinen Amtskollegen, dem Inder Nehru, dem Ägypter Nasser und dem Ghanaer Nkrumah, initiiert worden war. "Wir erleben eine Art Bandung 2 mit demselben afro-asiatischen Block, der in einer gemeinsamen Weigerung vereint ist, sich in den Konflikt zwischen dem Westen und Russland zu verwickeln, wie zuvor zwischen Ost und West", betont Bertrand Badie, wobei er jedoch die offensichtlichen Unterschiede anerkennt.

Die Zeit der großen ideologischen Konfrontationen ist vorbei. "Die heutige Blockfreiheit resultiert eher aus der Erkenntnis, dass in einer Welt voller Interaktionen den nationalen Interessen am besten durch einen fallweisen Ansatz gedient ist, der es vermeidet, Schläge einzustecken", erklärt Jean-Marie Guéhenno.

Diese neuen Brüche werden auf dem G20-Gipfel, der für den 15. und 16. November in Bali, Indonesien, geplant ist, in ihrer ganzen Deutlichkeit zum Vorschein kommen. Die Amerikaner wollen nicht, dass Wladimir Putin kommt, der Vollmitglied dieses Gremiums ist, in dem die wichtigsten Wirtschaftsmächte zusammenkommen. Der indonesische Präsident Joko Widodo hat ihn eingeladen und vorgeschlagen, auch Wolodymyr Zelensky kommen zu lassen. China und viele Schwellenländer, allen voran die BRICS-Staaten, unterstützen Jakartas Standpunkt. Einige, wie Peking, stehen Russland nahe, halten aber gleichzeitig eine gewisse Distanz; andere sind es weniger. In ihren Augen ist es jedoch das Wichtigste, das Funktionieren der Weltwirtschaft zu erhalten, auch wenn der Alte Kontinent inzwischen in einem Krieg stecken bleibt.

Originaltext:

Sur la guerre en Ukraine, les pays du Sud refusent de s'aligner sur la position occidentale
De l'Afrique à l'Asie en passant par l'Amérique latine, le camp des pays
qui ne veulent pas choisir entre les Occidentaux et la Russie s'élargit.

Par Marc Semo <https://www.lemonde.fr/signataires/marc-semo/>